Corona
Pandemie-Prämie für Beschäftigte
» Seite 2

Straßenmusik
Von anderen Städten lernen
» Seite 4

Kleingärten
25 Jahre Beirat werden gefeiert
» Seite 8

Ausgabe 06

»Ein Teil der Stadtgesellschaft radikalisiert sich.«

Margot Gaitzsch

VORNE LINKS

Die Fraktion im Dresdner Stadtrat

November 2021

Stark machen für die Schwachen

Eine Lobby für die, die keine haben, wie etwa Kinder in Armut oder Transferleistungsempfänger » Seite 4 und 6

Kritik und Aufforderung

DIE LINKE hat nicht nur einiges auf-, sondern auch abzuarbeiten, denn wo Hoffnung auf Veränderungen verloren scheint, gilt es den Beweis zu erbringen, dass genau diese möglich sind

Nach der Bundestagswahl gibt es allenthalben die eingespielten Zahlen- und Ergebnisinterpretationen, bemerkenswert war auf jeden Fall die folgende Aufstellung in der Satire-Sendung »Die Anstalt« vom 5. Oktober. Demnach wären 72 Prozent der Bürgerinnen und Bürger für eine Vermögenssteuer, lediglich 45 Prozent wählten Parteien, die im Wahlkampf für eine Vermögenssteuer werben, wiederum nur 4,9 Prozent würden eine Partei wählen, die auch nach der Wahl an ebendieser Forderung festhält.

Da erwächst aus einer simplen Feststellung Kritik und Aufgabe zugleich. Kritik an einer LINKEN, die ihren gesellschaftlichen Nutzwert nicht unter Beweis zu stellen vermag und der die Fähigkeit abgeht, aus ihren berechtigten Forderungen Hoffnungen auf reale Veränderung erwachsen zu lassen. Die Aufgabe besteht, die Probleme, die auf der Straße liegen und aus denen gesellschaftliche Mehrheiten für uns teilbare Forderungen entwickeln, weiter anzugehen. Als Lobby für die Vielen, die sich nach realen Veränderungen hin zu einer gerechteren (also einer sozial, geschlechter-, klima gerechteren) Gesellschaft sehnen.

Genau das tun wir hier vor Ort, wenn wir aus einem hart umkämpften Innovationsbudget Geld frei schaufeln für die Sanierung des Frauenschutzhauses, wenn wir in Verwaltung und Rat alle Register ziehen, um Zwangsumzüge der Ärmsten zu verhindern, wenn wir die Stadt finanziell bei der Bekämpfung von Familien- und Kinderarmut in die Pflicht nehmen wollen, aber auch wenn wir mit Genossinnen und Genossen wie Rita Kunert Woche für Woche gegen Pegida auf der Straße stehen. Eine Politik für die Vielen – dokumentiert in dieser Ausgabe.

Thomas Feske

ENERGIEVERSORGUNG

Öffentlich, weil's wichtig ist

Spätestens mit dem Explodieren der Energiepreise wurde deutlich: Eine ausschließliche Abhängigkeit von fossilen Energieträgern ist nicht nur ökologisch von Übel. Nicht nur das: der private Energiesektor ist außer Rand und Band, auf den Märkten treiben Spekulanten die Preise in die Höhe. Leidtragende sind Wirtschaft und Privathaushalte. Etwas anders das Bild bei den kommunalen Energieversorgern in Dresden. Der Streit um den Kaufpreis für die letzten Drewag-Anteile fußt auf zwei gegenläufigen Gutachten. Das eine verlangt einen höheren Kaufpreis, schätzt den Wert der Drewag auf satte 1,5 Milliarden Euro. Die Annahme: marktübliche Energiepreisen. Die Drewag-Vertreter, die ihrerseits auf einen geringeren Kaufpreis setzen, erinnern an den Versorgungsauftrag für die privaten Haushalte und erteilen explodierenden Marktpreisen eine Absage – wie sich das gehört für einen kommunalen Energieversorger. » Seite 3

PANDEMIE-PRÄMIE

Nicht nur Klatschen!

Im Juni hat der Stadtrat eine Einmalzahlung an Beschäftigte im Friedhofs- und Bestattungswesen in Höhe von 750 Euro beschlossen – Grund: die Mehrbelastung für die Beschäftigten während der Corona-Pandemie. Die LINKEN-Stadtratsfraktion startet nun eine Initiative, auch bei anderen Beschäftigten nachzuziehen, denn, so LINKEN-Stadtrat Magnus Hecht, vor allem »das Gesundheitsamt und alle, die dort ausgeholfen haben, leisten einen großen Teil des Krisenmanagements in Corona-Zeiten. Sie arbeiten bis zur Erschöpfung, um die Ausbreitung des Corona-Virus in der Stadt zu verringern. Deswegen finde ich eine Prämie für diese Menschen angemessen.« *Die Redaktion*

In der Pandemie arbeitet das Gesundheitsamt auf Hochtouren

AUGUSTUSBRÜCKE

Zastrows Karlsbrücke?

Ende Juli schon hatte die FDP-Fraktion um Holger Zastrow eine Debatte im Rat zum Thema »Eine autofreie Augustusbrücke als Karlsbrücke für Dresden – Anspruch, Wahrheit und Perspektiven« beantragt. Sie stützte sich dabei auf Medienberichte, wonach die für die Sanierung in Anspruch genommenen Fördermittel an die Bedingung geknüpft seien, die Brücke nach Sanierung wieder für den Motorisierten Individualverkehr zu öffnen. Ein gefundenes Fressen für den Autoliebhaber Zastrow. Dumm nur, dass zwischen Beantragung und real stattfindender Debatte Land und Stadt klarstellten, dass auch eine autofreie Augustusbrücke förderfähig sei.

Zeit für eine der berühmten Zastrowschen Kehrtweden. Im September nun wetterte der FDP-Mann nicht etwa gegen die Autofreiheit, sondern dagegen, dass Fahrradfahrende nicht bequem genug über den Belag der neu sanierten Brücken kämen, dass das beschlossene touristische Nutzungskonzept für eine autofreie Brücke noch nicht fertig sei und dass der Tunnel am Neustädter Markt zugeschüttet worden sei.

Berechtigte Hinweise, wie die LINKE-Stadtratsfraktion findet, wenn dahinter konsequentes politisches Handeln stünde. Die Zuschüttung des Tunnels war ein Fehler und eine touristisch nutzbare, fußgängerfreundliche Brücke hatte 1999 sogar schon eine gewisse Katja Kipping als damalige Stadträtin gefordert, wie Tilo Wirtz in der Debatte erinnerte. Sein Prädikat für die Aktuelle Stunde: »völlig überflüssig«. *Die Redaktion*

Bald kein Sanierungsfall mehr – die Augustusbrücke im Zentrum von Dresden

Soziales aus der Portokasse

Um acht Millionen Euro aus der Fusion von Drewag und Enso wurde zuletzt hart gestritten. Auf Druck der LINKEN wird ein Teil davon für Soziales verwendet.

Kinder- und Jugendbeteiligung haben mit dem aktuellen Beschluss eine finanzielle Grundlage.

Die Fusion von Drewag und Enso zur Sachsen Energie AG ist vollzogen. Im Frühjahr fasste auch der Stadtrat Dresden die entsprechenden Beschlüsse. Kurz vor Toresschluss legte der Oberbürgermeister dazu noch einen zusätzlichen Antrag vor: In einem undurchsichtigen Gremium sollten zusätzliche acht Millionen Euro, die sich noch in der Fusionsportokasse befanden, verteilt werden. Der Verwendungszweck, den er vorschlug, waren nichtrentierliche Projekte der Dekarbonisierung.

Das war dem Stadtrat damals zu eng gefasst, und so drittelte er diese Summe. Auf Druck der LINKEN-Fraktion wurde für ein Drittel, also für 2,66 Millionen Euro, die Zweckbestimmung für soziale Projekte beschlossen. Konkretes sollte der Aufsichtsrat der Energie-Verbund GmbH festlegen.

Finanzierung wichtiger Projekte

Bei näherer Betrachtung der schnell durchgepeitschten Idee stellte sich jedoch heraus, dass zwar die vom Stadtrat vorgegebenen Zwecke, nicht aber die Konstruktion der Entscheidung und Geldvergabe geklärt waren und damit vollzogen werden konnten. Deshalb musste der Rat nun auch noch weitere Details zur Verwendung beschließen. Das tat er ebenfalls auf Vorschlag der LINKEN-Fraktion. Über eine Million Euro können verwendet werden für die Sanierung des Frauenschutzhauses, fast eine Million Euro für Projekte, die sozialräumliche Vernetzung voranbringen, das Projekt »Metropolis« wurde explizit genannt und über 400.000 Euro können insbesondere für innovative Projekte der Kinder-und Jugendbeteiligung ausgegeben werden.

Kinder- und Jugend beteiligung ist gesetzliche Verpflichtung.

Mit dieser neuen und genaueren Zweckbestimmung schließt der Rat zwei wesentliche Lücken. Sozialräumliches Arbeiten ist Thema in der Sozialen Arbeit, der Kultur, der Jugendhilfe. Bisher aber bleibt das abstrakt, denn jede einzelne Einrichtung bleibt trotz vorhandenen guten Willens zuerst ihrer jeweiligen Hauptaufgabe verpflichtet. Mit einer Ressource zur Vernetzung kann hier endlich ein Fortschritt in der Praxis erreicht werden.

Kinder- und Jugendbeteiligung ist eine gesetzliche Verpflichtung, die Kommune soll geeignete Verfahren entwickeln. Das aber konnte die Kinder- und Jugendbeauftragte bisher nicht, denn sie hatte keinerlei eigenes Budget. Das ist nun dank unseres Beschlusses anders geworden. *Tilo Kießling*

Traf Dresden wie ein Schlag: der Stromausfall am 13. September

»Die neue Mangelwirtschaft des 21. Jahrhunderts«

Der Stadtrat debattiert über den Dresdner Stromausfall. Für DIE LINKE liegen die Probleme woanders, wie *André Schollbach* in seiner Rede deutlich macht

Herr Oberbürgermeister,
meine Damen und Herren,

drastisch steigende Preise für Strom, Gas und Benzin dürften für viele Menschen ein deutlich größeres Problem sein, als ein einmaliger kurzer Stromausfall. Das Problem besteht dabei weniger in einzelnen Preissteigerungen. Aber wenn Mieten, Strom, Heizung und Kraftstoff nicht nur nahezu gleichzeitig, sondern auch kräftig steigen, dann summiert sich das schnell zu einem heftigen Betrag, der bei Menschen mit kleinerem oder durchschnittlichem Einkommen ordentlich ins Kontor schlägt.

Nicht die einzige Belastung

So mancher hat noch mit den finanziellen Folgen der Corona-Pandemie zu kämpfen, da sorgen die steigenden Preise für eine erhebliche zusätzliche Verunsicherung. Viele Menschen fragen sich, was da auf sie zukommt. Nicht wenige treibt die Sorge um, ob sie überhaupt noch in der Lage sein werden, die nächste Rechnung für Strom und Heizung zu bezahlen.

Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Gerd Landsberg, beschreibt die dramatische Entwicklung so: »Wir sehen eine Explosion der Energiepreise, vor allem beim Gas. Klar ist, dass Energie nicht nur etwas für Reiche sein darf.«

Die Direktorin des Deutschen Mieterbundes, Melanie Weber-Moritz, warnt: »Ohne ein Gegensteuern droht eine Nebenkostenexplosion.«

Meine Damen und Herren, es besteht ganz offensichtlich dringender Handlungsbedarf. Die Menschen dürfen mit diesen erheblichen finanziellen Belastungen nicht allein gelassen werden. Niemand in unserer Stadt und niemand in unserem Land soll im Dunkeln sitzen oder frieren müssen.

Nun dürften die Kapriolen auf den internationalen Energiemärkten wohl kaum vom Dresdner Stadtrat zu bewältigen sein. Und deshalb ist hier ein zügiges Handeln der Bundesregierung erforderlich.

Beispiel Frankreich

Dass staatliche Maßnahmen möglich sind, zeigt Frankreich. Dort hat die Regierung eine Tarifbremse beschlossen. Die Gaspreise dürfen über die Wintermonate nicht mehr erhöht werden. Außerdem hilft der Staat einkommensschwachen Haushalten mit Energieschecks.

Aber die Preisexplosion führt nicht nur zu erheblichen Belastungen für die Privathaushalte: Kommunale Versorgungsunternehmen, Kommunen und große Teile der Wirtschaft haben ebenfalls erheblich mit den galoppierenden Kosten zu kämpfen. Thomas Pietsch, Geschäftsführer der Städtischen Werke Magdeburg sagt dazu: »Wir haben Wettbewerber, die nicht mehr lieferfähig sind.« Wir von der LINKEN sagen: Das ist die neue Mangelwirtschaft in der spätkapitalistischen Phase des 21. Jahrhunderts.

»Kann es auf Dauer gut gehen, immer mehr von etwas zu verbrauchen, das auf unserer Erde nur begrenzt vorhanden ist?«

Neue Mangelwirtschaft

Ressourcenverschwendung, Wachstumsideologie, ein globalisiertes und inhumanes Wirtschaftssystem sowie ungehemmte Zockerei führen inzwischen zu kaum noch beherrschbaren, von der großen Mehrheit der Menschen ungewollten Entwicklungen. Und deshalb ist es an der Zeit, eben diese Entwicklungen und deren Ursachen grundlegend zu hinterfragen.

Kann es auf Dauer gut gehen, immer mehr von etwas zu verbrauchen, das auf unserer Erde nur begrenzt vorhanden ist? Ist es nachhaltig, wenn Waschmaschinen, Fernseher oder Smartphones so gebaut werden, dass sie nach wenigen Jahren ihren Geist aufgeben? Ist es klug, politisch immer wieder Front gegen Russland zu machen? Ist es vernünftig, es zuzulassen, dass mit Strom und Gas an der Börse gezockt wird, als wären das x-beliebige Handelsgüter?

Die Antworten auf diese Fragen sollten – nein müssen – grundlegend andere sein, als in den vergangenen Jahrzehnten.

PETITIONSAUSSCHUSSSITZUNG

Immer wieder Straßenmusik

Ganz klar: Wir haben ein Herz auch für kleine Künstler:innen.

Von ihrem Petitionsrecht machen die Dresdner:innen fleißig Gebrauch, besonders bei einem Thema: der Straßenmusik. Allein seit Ende 2019 erreichten uns als Petitionsausschuss fünf Petitionen zum Thema. Die meisten beschwerten sich über zu laute Straßenmusik, einige begehrten dabei ein Verbot von elektronischen Verstärkern. Diese Verbotspolitik wurde vor allem von der konservativen Seite des Stadtrates unterstützt. Als LINKE lehnen wir dieses Verbot aber grundsätzlich ab, da es die Ausübung der Straßenmusik stark einschränkt und Musiker:innen, die auf elektronische Instrumente angewiesen sind, die Möglichkeit aufzutreten nimmt. Das wäre ein Einschnitt in die Kunstfreiheit und der Kulturstadt Dresden unwürdig. Zudem: Warum darf eine Dudelsackspielerin, die weitaus lauter als ein Keyboard sein kann, spielen und andere nicht?

Eine Idee, die Interessen der Anwohner:innen und Musikant:innen unter einen Hut zu bringen, war die Begrenzung der Lautstärke, also eine Dezibel-Obergrenze, doch gegen die verwahrte sich vor allem Ordnungsbürgermeister Sittel (CDU). Sie sei unpraktikabel und nicht durchsetzbar. Eine Expert:innenanhörung sollte Klarheit schaffen, wie andere Städte damit umgehen. Im Juli waren daraufhin Verwaltungsangestellte aus Frankfurt am Main, Schwerin und Leipzig zu Gast.

Heraus kam: In allen Städten gibt es Dezibel-Obergrenzen, die Ordnungsbehörden sind geschult und mit Dezibelmetern ausgestattet, um die Einhaltung auch kontrollieren zu können. In der letzten Petitionsausschusssitzung haben wir den Oberbürgermeister beauftragt, entsprechende Vorschläge für die Anpassung der Straßenmusiksatzung vorzulegen. Das Verstärkerverbot ist damit erstmal vom Tisch.

Christopher Colditz

Hartz IV-Zwangs-Umzüge: Was tun?

Für Aufregung sorgten im Mai die neu errechneten Richtwerte für die sogenannten angemessenen Kosten der Unterkunft (KdU) des Jobcenters bzw. Sozialamtes

Die neuen Höchstgrenzen für Kaltmieten sind für kleine Wohnungen erstmals in Dresden dramatisch gesunken. Galten bisher 378 Euro für Ein-Personen-Haushalte als *angemessen*, sind es jetzt 337 Euro. Dass die Berechnung diese deutlich niedrigeren Werte ergab, erscheint widersprüchlich, zeigt doch der allgemeine Trend auf dem Wohnungsmarkt stetig nach oben. Die Berechnung entspricht jedoch allen gesetzlichen Vorgaben. Es ist tatsächlich mittlerweile im Bereich der kleinen Wohnungen Leerstand zu verzeichnen – allerdings vorrangig in sehr kleinen Wohnungen von weniger als 30 Quadratmeter; als *angemessen* gelten 45 Quadratmeter.

Wenn die tatsächlichen Wohnkosten von Menschen, die Hartz IV, Sozialgeld, Grundsicherung im Alter oder bei Erwerbsminderung beziehen, oberhalb der Richtwerte liegen – was mit den neuen Werten etwa zusätzlich 2000 Haushalte betrifft – erfolgt nach einer Einzelfallprüfung ein Kostensenkungsverfahren, welches letztlich darin mündet, dass die Mieter:innen umziehen müssen oder nur die »angemessenen« Wohnkosten übernommen werden.

Im Zuge der Corona-Pandemie wurde mittlerweile auf Bundesebene das dritte Sozialschutz-Paket erlassen, um vor sozialen Härten in der Krise zu schützen. Als Ziel wird darin formuliert, dass Menschen, die »weiterhin unter den wirtschaftlichen Auswirkungen der Krise leiden, einfach und schnell die nötige Unterstützung für ihren Lebensunterhalt erhalten« (vgl. BMAS). Dazu zählt, dass noch bis Ende 2021 die tatsächlichen Wohnkosten übernommen werden, ohne Prüfung der Angemessenheit, damit niemand seine Wohnung aufgeben muss. Doch nicht alle Haushalte fallen unter den Schutz des Sozialschutzpakets III. Absurd, dass das eine Gesetz Menschen vor einem Umzugszwang schützt, das andere Gesetz jedoch genau dazu führt.

Hartz IV – das ist Armut per Gesetz. Die Sorge vieler Transferleistungsempfänger:innen vor Wohnungsverlust ist die Folge dieses Systems

Einmal mehr zeigt sich die Ferne von der Lebensrealität der Menschen.

DIE LINKE will Umzüge vermeiden

Wir wollen unbedingt verhindern, dass Menschen ihre Miete nicht mehr komplett bezahlt bekommen und aus dem viel zu geringen Hartz-IV-Regelsatz Geld für die Miete abknapsen müssen – ein entsprechender Antrag unserer Fraktion wird gerade diskutiert.

In der Dienstanweisung der Stadt an das Jobcenter wurde nun von Sozialbürgermeisterin Kris Kaufmann vorgegeben, dass im Jahr 2021 keine Kürzungen der KdU-Leistungen vorgenommen werden dürfen.

Und auch 2022 sollen alle *Bestandskund:innen* weiterhin die bisher geltenden Höchstgrenzen erhalten, da dann schon wieder die nächste Neuberechnung der Grenzwerte turnusmäßig ansteht. Auf diesem Weg werden also all jene geschützt, die bereits KdU-Leistungen erhalten. Diejenigen jedoch, die erst jetzt Hartz IV oder Grundsicherung im Alter beantragen, müssen mit den neuen niedrigen Werten zurechtkommen.

Die Gesetzgebung lässt der Kommune so gut wie keinen Handlungsspielraum, hier aktiv zu werden. Regelungen für den Fall, dass Richtwerte – wie in Dresden – deutlich sinken, sieht das Sozialgesetz nicht vor. Einmal mehr zeigt sich hier die Ungerechtigkeit und Ferne von der Lebensrealität der Menschen, die einen Anspruch auf Transferleistungen haben. Wir bleiben an der Sache dran und werden das uns Mögliche im Stadtrat tun, um Umzüge zu vermeiden und Kürzungen bei den Mietzahlungen abzuwenden.

Pia Barkow

Résumé
Katja Kipping und Silvio Lang zum Wahlkampf » Seite 2 und 3

Themenfragen
Über Stimmenverluste bei jungen Wähler:innen » Seite 7

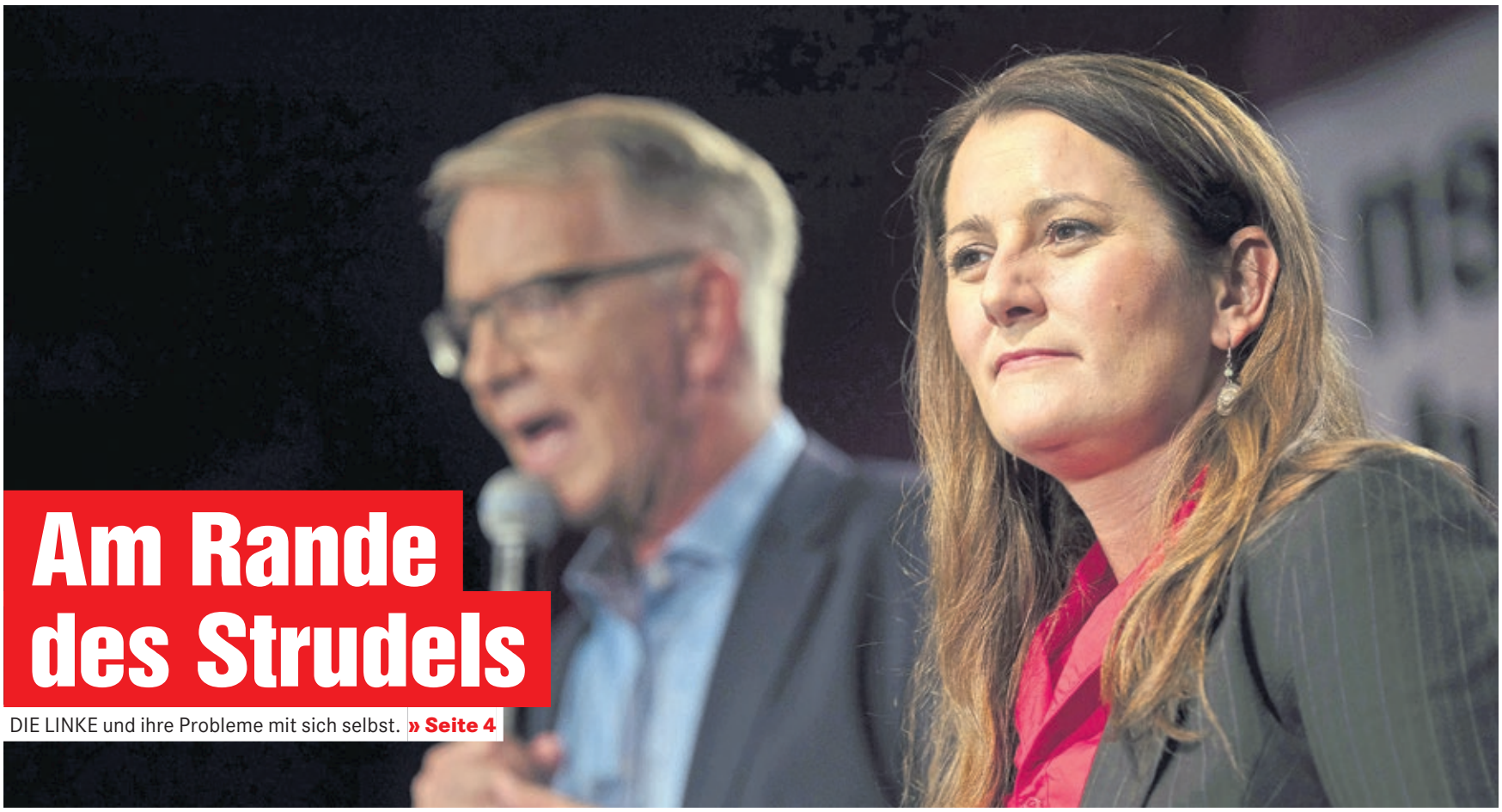
Versteckter Hass
Sarah Buddeberg über reaktionäre Praxis » Seite 8

Ausgabe 06

»Kinderschutz ist uns wichtig – und zwar für alle Kinder!«

Sarah Buddeberg

MITTENDRIN
Sozialistische Schrift für Dresden
November 2021



Am Rande des Strudels

DIE LINKE und ihre Probleme mit sich selbst. » Seite 4

Schnelle Sortierung nötig

Eine Niederlage ist eine Niederlage ist eine Niederlage. Es bringt nichts, das schön zu reden

Es ist hilfreich, über die eigenen Fehler zu reden, die zur Niederlage beigetragen haben – die Fehler der letzten Monate oder auch die längerfristigen. Es hilft aber nicht, nur noch Fehler zu sehen. Jeder, der auf ein besseres Ergebnis gehofft hat, muss zugeben, dass es dafür Gründe gab. Hätten sich tausende von Parteimitgliedern in einen engagierten Wahlkampf gestürzt, wenn es nicht richtige Botschaften und realistisch erscheinende Ziele gegeben hätte? Und das was bei den im Vorfeld der Wahl prognostizierten 6 bis 7 Prozent richtig erschien, muss bei 4,9 Prozent nicht zwangsläufig falsch sein. Es ist erlaubt und sogar notwendig, in der Wahlanalyse nicht nur das eigene Ergebnis zu betrachten: Es hat ihn ja tatsächlich gegeben, den »Linksrutsch«. Mit für ihre Verhältnisse sehr linken Wahlprogrammen konnten SPD und Grüne viele Menschen zusätzlich für sich mobilisieren, darunter aber eben auch viele, die sich vor vier Jahren für DIE LINKE entschieden hatten. Im Wahlprogramm stand DIE LINKE den beiden anderen – SPD und Grünen – in nichts nach, ganz im Gegenteil; im geschlossenen Auftreten aber schon. Das Ziel einer Mehrheit links der Mitte wurde knapp verfehlt. Genauso knapp schaffte es DIE LINKE wieder in den Bundestag. Letzteres ist eine Chance, in den nächsten Jahren etwas besser zu machen. Das vorliegende Ergebnis der Sondierungen zwischen SPD, Grünen und FDP zeigen: Aus einem »Linksrutsch« bei der Wahl folgt kein »Linksrutsch« beim Regieren. Im ersten Dokument der Ampelkoalition wurde eine gerechtere Verteilung zwischen oben und unten abgesagt, Hartz IV wird nur umbenannt und »modernisiert«, aber nicht überwunden; Arbeitszeitgesetze werden aufgeweicht und der Traum von einer Bürgerversicherung ist ausgeträumt. Zynismus ist unangebracht. Sehr schnell muss DIE LINKE sich sortieren, um den jetzt bitter Enttäuschten wieder eine Hoffnung geben zu können. *Jens Matthis*

EDITORIAL

Kopf hoch

Nach vorn zu schauen und darüber nachzudenken, was sich ändern muss – dies scheint das Gebot der Stunde zu sein für unsere Partei. »Kopf hoch, nicht die Hände!« war ein beliebter Spruch auf Aufklebern und Feuerzeugen, mit denen die PDS Anfang der 90er Jahre für sich warb.Ohne einige Blicke zurück scheint es allerdings kaum möglich, einen Weg aus der Misere der LINKEN zu finden. In dieser Ausgabe berichten Katja Kipping und Silvio Lang über ihre Erfahrungen aus den letzten Monaten. Benjamin Keckeis bringt dazu den Blick eines jungen Genossen ein, der noch nicht lange in Deutschland lebt und mit seiner ganz eigenen, anderen politischen Sozialisation als die meisten von uns, auf das Bild schaut, welches seine Partei in der jüngsten Zeit abgegeben hat. Und schließlich nehmen wir in dieser Ausgabe Abschied von einem ganz besonderen Dresdner Genossen, der uns kürzlich verlassen hat.

Uwe Schaarschmidt

Danke und Kopf hoch!

Es gibt nicht viel zu feiern – aber auch keinen Grund zu verzagen. DIE LINKE wird gebraucht

Über 30 Wahlkampfstände in Dresden, viele weitere im ländlichen Raum Sachsens, Podien, Interviews, Fernsehtermine. Da schmerzt das Ergebnis umso mehr

Bei der Großdemonstration zum Klimastreik in Dresden

Am Ende fehlten gerade mal 2,2 Prozent und damit 3938 Stimmen, um das Direktmandat zu erlangen. Dass ich fast doppelt so viel Erststimmen bekam wie unsere Partei Zweitstimmen ist zwar schmeichelhaft – aber wahrlich kein Trost. Erfreulicher ist dann schon, dass es gelang, den AfD Direktkandidaten auf Platz 3 zu drängen und er somit nicht in den Bundestag einziehen wird.

Ich habe in diesem Wahlkampf alles gegeben, am Ende hat es knapp nicht gereicht. Das schmerzt. Doch heute und hier möchte ich einfach Danke sagen.

Danke an mein Team, das mit mir in all den Jahren dafür gesorgt hat, dass wir immer wieder mit dem Roten Wohnzimmer in den Stadtteilen präsent sind, dass wir regelmäßig vorm Jobcenter bei Wind und Wetter Kaffee und ein offenes Ohr für die Sorgen mit Hartz IV angeboten haben. Mit einem echten Kraftakt haben wir alle Anfragen bei Abgeordnetenwatch beantwortet und ich bekomme wirklich viele davon. Rund ein Viertel aller Anfragen an Sächsische Abgeordnete aller Parteien geht bei mir ein, und jeder erhielt eine Antwort. Ich bin überzeugt, Bundestagsabgeordnete sollten sich nicht nur in den heißen Wahlkampfphasen auf der Straße das Gespräch suchen. Während der harten Lockdown-Zeit war das gar nicht so einfach. Doch wir suchten gezielt das Gespräch mit Multiplikatoren. So luden wir beispielsweise alle Dresdner Kinotreibenden zu einer Videokonferenz ein. Und um den öffentlichen Raum nicht den Querdenkern zu überlassen, luden wir mit Plakaten zu Telefonsprechstunden ein. Nachdem ich den Staffelstab für den Parteivorsitz weitergegeben hatte, stellten wir sofort auf eine Gesprächsoffensive unter anderem mit mehr Ständen in Wohngebieten und bei Wochenmärkten um. Der erste Infostand mit Maske war gewöhnungsbedürftig, doch wir ließen uns davon nicht abhalten.

Ein besonderes Dankeschön geht an die Dresdner Stadtratsfraktion. Immer wieder waren wir in einem parlamentarischen Austausch zu sozialen Themen. Wir thematisierten die soziale Spaltung und warben für gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Stadtteilen. Wir brachten Anträge für Impfgerechtigkeit ein. Gemeinsam mit Ulrich Schneider vom Paritätischen besprachen wir Maßnahmen gegen Kinderarmut.

Lasst uns die Freude am gemeinsamen Einsatz, die in den letzten Wochen zum Tragen kam, weiter tragen.

Neue Herausforderungen

Anstatt uns in unproduktiven Milieudebatten zu verlieren, kommunizierten wir mit allen. So sprach ich auf Streiks von Sodexo und Putzi, nahm am Klimastreik teil und es gab einen queeren Filmabend. Für Interviews für soziale Medien der russischsprachigen Community musste ich vorher richtig Vokabeln lernen. Als ich in Russland ein Soziales Jahr absolvierte, hatte ich mit den Jugendlichen eher über Musik oder Liebeskummer gesprochen als über Steuergerechtigkeit. Bei der Tolerade war ich gemeinsam mit Silvio Lang präsent. Die Zusammenarbeit zwischen uns war voller gegenseitiger Unterstützung und hat Freude bereitet.

All den Dresdnern und Dresdnerinnen, die auf meine Ansprache mit Freundlichkeit und Interesse reagierten, möchte ich sagen: Ich hoffe, wir haben Sie nicht zu sehr genervt. Da wir so oft an Straßenbahnen und in Kneipen unterwegs waren, wurden einige von uns bestimmt mehrmals angesprochen. All den Mitgliedern, die den Wahlkampf unterstützten, durch plakatieren, verteilen oder indem sie uns Direktkandidierenden zur Seite standen, sei gedankt. Danke für all eure Herzlichkeit, Kreativität und euren Humor. Wenn man alles gibt, so wie Silvio und ich in diesem Wahlkampf, ist eine solidarische und herzliche Gemeinschaft besonders wichtig.

Lasst uns diese Herzlichkeit, diese Freude am gemeinsamen Einsatz, die in den letzten Wochen zum Tragen kam, weiter tragen. Die Dichte von Infoständen nimmt nun, da der Wahlkampf vorbei ist, zwar etwas ab. Aber die gesellschaftlichen Herausforderungen nehmen zu. Wir werden uns alle gegenseitig brauchen. *Katja Kipping*

Unterstützung für die beiden Dresdner Kandidierenden: Gregor Gysi beim Friedensfest am 1. September in Dresden

Früher Start in den Wahlkampf: Katja Kipping, Silvio Lang und Landeswahlkampfleiter Lars Kleba am 10. Juni vor dem Dresdner Kulturpalast

Noch nicht verarbeitet

Silvio Lang zum Wahlkampf im Wahlkreis 160

Bereits vor dem Wahlsonntag wurde mir bewusst: Fällt das Ergebnis nicht so aus, wie ich es mir wünsche, bin ich darauf emotional nicht vorbereitet. Darüber sprach ich mit meiner Frau, aber auch mit Genoss:innen, die mich im Wahlkampfendspurt begleitet haben.

Ich lag richtig mit meiner Einschätzung, egal ob das Gesamtergebnis oder das Ergebnis in meinem Wahlkreis: ich ärgere mich, bin traurig, bin enttäuscht. Auch jetzt noch! Und ja, ein Stück weit ratlos. Die schnellen Analysen und vermeintlichen Antworten, woran es lag und was jetzt zu tun sei – sie überzeugen mich bislang nicht. Sie klingen mir zu sehr nach den alten Debatten, die uns erst an den Rand dieser Klippe gebracht haben. Und zu wenig nach Neuem, dem Anspruch nun Dinge endlich anders anzugehen.

Bis zur Erschöpfung

Vor allem ärgert mich aber, dass das Ergebnis nicht mit dem Aufwand in Einklang steht, den wir betrieben haben. Allein mit meiner Kampagne waren wir an über 40 Orten in meinem Wahlkreis mit einem Vor-Ort-Angebot präsent. Ich habe an elf Podien mit Kandidat:innen anderer Parteien teilgenommen und für unsere Inhalte gestritten und war darüber hinaus bei circa 15 weiteren Terminen und Aktionen dabei. *Nebenbei* habe ich als Kreisvorsitzender im Landkreis Bautzen auch noch den Wahlkreis unserer Genossin Caren Lay mit mehreren Terminen und Tour-Tagen begleitet.

Nicht der Schlechteste zu sein ist kein Trost

Eines meiner persönlichen Ziele war es, dass mir am Ende weder jemand anderes noch ich selbst vorwerfen könne, ich hätte nicht alles investiert, nicht alles getan, was mir möglich war. Wer mich in den letzten Tagen vor der Wahl persönlich getroffen hat, kann sicher bezeugen: das habe ich – bis zur totalen Erschöpfung. Ich will dafür keine Lorbeeren, kein Lob, keine Anerkennung. Ich halte das für eine Selbstverständlichkeit, wenn die Partei einen als Kandidat benennt. Aber es ist mir wichtig, es klar auszusprechen.

Das Ergebnis ist am Ende in keinem Aspekt so, wie ich es mir gewünscht hätte. 11,8 Prozent in der Erst- und 11,2 Prozent in der Zweitstimme im Wahlkreis 160. Nur Platz 5 beim Kampf um das Direktmandat, in der Zweitstimme zumindest unter den zehn besten Wahlkreisergebnissen für DIE LINKE bundesweit – auch das aber kein Trost. Zumindest der geringe Unterschied zwischen Erst- und Zweitstimme lässt festhalten: Wer DIE LINKE wollte, hat auch mich gewählt und andersrum.

Innerparteiliche Solidarität: Die Kampagnen gegenseitig mitdenken

Altes Motiv – neuer Inhalt: Für ein Gesundheitswesen, in dem Profite tabu sind

Dank und Kritik

Bedanken will ich mich deshalb bei allen Genoss:innen, die mich im Wahlkampf unterstützt haben: weil sie Plakate gehangen, Flyer gesteckt, Infostände begleitet oder selbst Aktionen organisiert haben. Mein besonderer Dank geht an Katja Kipping, weil sie neben ihrer eigenen Kampagne immer auch meinen Wahlkampf mitgedacht hat. Außerdem gesondert zu benennen sind Yaki Muth und Kristin Hofmann, ohne die vieles nicht möglich gewesen wäre. Mein größter Dank aber geht an drei Menschen, die – noch – nicht in unserer Partei sind: meine Frau und meine Söhne. Sie mussten aushalten unfreiwillig vieles aushalten und dennoch hab ich stets nur Unterstützung erfahren. Dafür bin ich dankbar!

Es ist sicher nicht alles rund gelaufen in diesem Wahlkampf. Ich hätte mir an der ein oder anderen Stelle mehr Eigeninitiative aus dem Stadtverband heraus gewünscht, mehr Support, mehr Selbstverständlichkeit und weniger darum bitten müssen. Das wird auszuwerten sein, aber so ist das nach jedem Wahlkampf. Angesichts des Ergebnisses kann auch der Wahlkampf nicht perfekt gelaufen sein.

Wir haben also Aufgaben auf dem Zettel, Debatten zu führen, nach neuen Wegen zu suchen. Ich wirke daran gerne mit. Und irgendwann dann sicher auch wieder emotional aufgeräumter. Versprochen! *Silvio Lang*

Linkes Tohuwabohu

Überraschung oder Absturz mit Ansage? *Benjamin Keckeis* zum Ausgang der Bundestagswahlen aus Sicht der LINKEN

Gute Ideen im Wahlkampf, mageres Ergebnis. Projektion an der Bundesagentur für Arbeit

Das Wahldesaster der LINKEN bei der Bundestagswahl hat sowohl strategische als auch taktische Ursachen. Es war nämlich vorhersehbar, dass wir das Ergebnis von 2017 nicht würden halten können.

Ungefähr zwei Prozent hätte DIE LINKE wohl fast zwangsläufig verloren, weil einerseits Wähler:innen zu den Grünen abgewandert sind und andererseits keine Stimmen von der AfD zurückgewonnen werden konnten. Das verwundert nicht wirklich angesichts der Tatsache, dass die Partei bestenfalls ideenlos und schlimmstenfalls zerstritten wirkte. Statt in zentralen Fragen klare, eigenständige Positionen zu formulieren, beschränkte man sich entweder auf die bloße Abgrenzung zur AfD oder rannte den Grünen nach.

Symptomatisch dafür ist, dass jede Kritik an den ökonomischen Folgen neoliberaler Migrationspolitik von Teilen der Partei als rassistisch gebrandmarkt wird und dass erst im Bundestagswahlkampf eine klare Position zur CO_2-Steuer formuliert wurde. Dazu kam noch die fehlende Linie zur Pandemiepolitik der Bundesregierung.

Es wurde zwar schon am Markenkern festgehalten, aber dieser wurde immer weiter ausgehöhlt. *Soziale Gerechtigkeit* beinhaltete entscheidende Fragestellungen auf einmal nicht mehr oder nur noch in unzureichendem Maße. Migrationspolitik wurde nämlich zu einer bloßen *Haltungsfrage* erklärt, die Ablehnung der CO_2-Steuer kam zu spät und wurde zu wenig nach außen hin kommuniziert und auf eine einheitliche Linie zur Corona-Politik warten wir heute noch vergeblich.

Zu guter Letzt kam zu den oben genannten Dingen noch dazu, dass sich kein Mensch mehr mit unserer außenpolitischen Haltung ausgekannt hat. Denn das Wahlprogramm ist äußerst NATO-kritisch, die Spitzenkandidatin war das bis vor ein paar Monaten auch und kurz vor der Wahl tun wir dann doch so, als würden wir die Außenpolitik von SPD und Grünen im Wesentlichen mittragen. Parallel dazu hat sich die Bundestagsfraktion aber bei der Abstimmung zur Evakuierung von afghanischen Ortskräften enthalten.

Aktive Friedens- und Abrüstungspolitik bleibt Markenkern der LINKEN

DIE LINKE muss dringend wieder eigenständiger werden und sich stärker profilieren.

Miteinander fremdelnde Milieus

Soziale Gerechtigkeit wurde also zunehmend zu einer leeren Phrase, weil wichtige Aspekte ausgeklammert oder nur unzureichend ausgearbeitet bzw. kommuniziert wurden. Stattdessen hat DIE LINKE versucht, eine *Klassenpolitik* zu machen, die gar nicht wirklich als solche funktioniert. Denn das Zusammenführen der Kämpfe, welches der ehemalige Parteivorsitzende propagiert hat, ist gescheitert. Wir spielen in bedeutenden Bewegungen nämlich nur eine Statistenrolle, was vor allem bei Fridays for Future offensichtlich wurde.

Es war ganz schlicht und ergreifend nicht möglich, Fridays for Future in soziale Kämpfe einzubinden, die über den Klimaaspekt hinaus gehen. Dafür unterscheiden diese sich sozioökonomisch wie kulturell zu sehr von anderen Bewegungen oder gar dem Arbeitermilieu. Denn so wenig wie sich eine Abiturientin für den Tarifabschluss von IG Metall interessiert, begeistert sich ein Schichtarbeiter für die CO_2-Steuer. Lediglich in der Enteignungsbewegung in Berlin ist DIE LINKE darüber hinausgekommen, eine reine Statistenrolle zu spielen. Allerdings stellt sich hier die Frage, was zuerst da war: Eine starke LINKE oder eine starke Bewegung? Und wie ist es zu erklären, dass wir trotz des Erfolgs beim Volksentscheid Stimmen verloren haben?

Kämpfe zusammen zu führen, funktioniert also nicht ganz so einfach, wie es sich der ehemalige Parteivorsitzende vorgestellt hat. Realpolitisch hat der entsprechende Versuch sogar zu einer weiteren politischen Vereinzelung geführt. Denn statt Interessen zu bündeln, zusammenzuführen und in wenige kur-

ze und prägnante Forderungen zu verpacken, sind einfach nur immer mehr Forderungen entstanden, die sich thematisch immer stärker voneinander abgrenzen. Ebenso gibt es nun mehr innerparteiliche Lager, die einander unversöhnlicher gegenüberstehen als je zuvor.

Anders als bisher praktiziert, kann sich die Partei also nicht einfach an Bewegungen dranhängen. Ebenso wenig darf sie sich als bloßes Sprachrohr für identitätspolitische Forderungen verstehen. Was DIE LINKE machen müsste, ist viel eher eine Anerkennungspolitik, die Arbeit als zentralen Aspekt sieht und gemeinsame Interessen hervorhebt. Nicht wer man ist, sondern was man macht, sollte für die Anerkennung entscheidend sein. Das heißt konkret, dass der Maschinenschlosser aus Bautzen genauso für seine Arbeit anerkannt werden sollte wie die Pflegefachkraft aus Berlin oder die lesbische, schwarze Supermarktkassiererin aus München.

Die aufgezwungene Debatte: LINKE und NATO

Das ewige Thema: Sahra Wagenknecht

Die eben angesprochenen strategischen Fehler dürften aber nur ungefähr die Hälfte der Verluste bei der Bundestagswahl verursacht haben. Die andere Hälfte geht auf taktische Fehler kurz vor und während des Wahlkampfs zurück.

Den ersten Umfrageeinbruch hatte DIE LINKE nämlich im April, als über das Buch von Sahra Wagenknecht diskutiert wurde. Dabei ist »diskutieren« eigentlich ein Euphemismus, denn in Wirklichkeit gab es einen regelrechten Shitstorm. Nun würde es den Rahmen sprengen, über die Richtigkeit von Wagenknechts Thesen zu schreiben. Fakt ist aber, dass es einer Partei schadet, wenn man ihrer populärsten Politikerin eine Nähe zu faschistischem Gedankengut und Minderheitenfeindlichkeit unterstellt.

Wagenknecht zusätzlich noch ausschließen zu wollen und das dem Spiegel mitzuteilen, schlägt dem Fass aber wirklich den Boden aus. Denn unabhängig davon, was man nun inhaltlich von Wagenknecht denkt – ein solcher Umgang mit ihr konnte der LINKEN nur schaden. Da muss man der Parteivorsitzenden wirklich zugutehalten, dass sie die ehemalige Fraktionsvorsitzende trotz inhaltlicher Differenzen zu einem Wahlkampfauftritt in Thüringen eingeladen hat.

Verbindende Klassenpolitik? Mittel- und Berufsschüler sind erkennbar eine Seltenheit beim Klimastreik. Ihre Eltern auch

Fixierung auf den Gegner statt auf eigene Stärke

Dass DIE LINKE beinahe selbst zu einer skurrilen Minderheit geworden wäre, hat aber noch weiter reichende Ursachen. Mit daran schuld ist die extreme Fixierung auf andere Parteien statt eigene Inhalte während des Wahlkampfs. Die CDU in Rente schicken zu wollen, hat beispielsweise vor allem der SPD genützt und hätte beinahe unsere ganze Fraktion zum Arbeitsamt geschickt.

Ebenso unglücklich war die inhaltliche Anbiederung an SPD und Grüne, die das eigene Alleinstellungsmerkmal in den Hintergrund rücken ließ. Beide Krisen sozial bewältigen zu wollen – sowohl die Klimakrise als auch die Coronakrise – das hatte keine andere Partei im Programm.

Stattdessen gab es abgesehen von Koalitionsträumereien keinen wirklichen inhaltlichen Schwerpunkt im Wahlkampf. Das hat dazu geführt, dass die von der LINKEN hoch gelobten Parteien dieser mehr als eine Million Stimmen gekostet haben. Denn wenn die SPD und die Grünen eh das gleiche wollen und bessere Chancen auf eine Regierung ohne Union haben, warum wählt man sie dann nicht gleich?

Ironischerweise war das sogar erfolgreich, weil Scholz 780.000 Stimmen vor Laschet liegt und 820.000 Wähler:innen von der LINKEN zur SPD gewechselt haben. Statt Jamaika ist dadurch also eine Ampel die wahrscheinlichste Koalitionsvariante. Die Union ist damit tatsächlich mit hoher Wahrscheinlichkeit abgewählt, aber eben um den Preis, dass wir fast aus dem Bundestag geflogen wären.

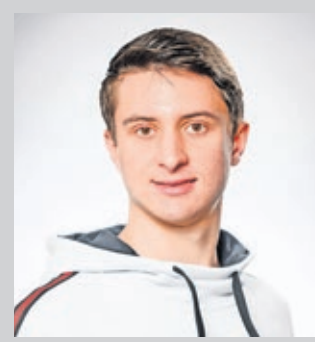
Das Fell des Bären zu früh verteilt

Außerdem ist es bezeichnend, dass DIE LINKE vor statt nach der Wahl über die Regierungsbildung diskutiert und der Großteil der Partei das noch nicht einmal als Fehler versteht. Dabei steht einer rot-grün-roten Regierung meiner Meinung nach überhaupt nichts im Weg. Man müsste nur eine Mehrheit erringen und in den Sondierungsgesprächen überprüfen, ob die anderen Parteien ihr Programm wirklich ernst meinen.

Diese Diskussion vor der Wahl zu führen, hat aber nur zur Folge, dass das eigene Profil bis zur Unkenntlichkeit verwässert. Denn es führte zu einem Schlingerkurs in außenpolitischen Fragen und dazu, dass wir quasi Wahlkampf für die SPD gemacht haben. Zeitweise hat es sogar fast so gewirkt, wie wenn ein Mann einer Frau nachrennt, bei der er keine Chance hat. Deshalb muss DIE LINKE dringend wieder eigenständiger werden und sich stärker profilieren.

Genauso ist es aber notwendig, die langfristige Strategie zu überdenken. Inhaltliche Fragen zu aktuellen Themen müssen schneller geklärt werden und DIE LINKE muss auch die Menschen außerhalb der akademischen Blase wieder erreichen. Es muss wieder klar erkennbar sein, was mit sozialer Gerechtigkeit gemeint ist und dass wir als einzige Partei dafür stehen.

Zum Autor



Benjamin Keckeis (22) stammt aus Vorarlberg in Österreich und studiert gegenwärtig in Dresden Verkehrswirtschaft. Politisch engagierte er sich zunächst bei den Jungen Grünen in Österreich, seit 2018 ist er Mitglied der LINKEN im Dresdner Stadtverband.

OKTOBER/NOVEMBER/DEZEMBER

Termine und Veranstaltungen

Blutspendeaktion des DRK
■ 26. Oktober, 15 bis 19 Uhr, »Haus der Begegnung«, Großenhainer Straße 93, Infos unter: www.blutspende-nordost.de/blutspendetermine

Stammtisch DIE LINKE Dresden-Pieschen: Auswertung der Wahl und Ideensammlung für zukünftige Veranstaltungen
■ 26. Oktober, 19 Uhr, Gaststätte »Rausch«, Bürgerstraße 36

Treffen AG Antifa der Fraktion DIE LINKE
■ 29. Oktober, 19.30 Uhr, Neues Rathaus, Dr.-Külz-Ring 19, Raum 1/208

Stadtjugendplenum der Linksjugend
■ 30. Oktober, 16 Uhr, »Wir AG«, Martin-Luther-Straße 21 Wichtig: 3G-Regelung vor Ort – bitte Nachweis mitbringen. Um Anmeldung wird gebeten: info@linkjugend-dresden.de

Mitgliederversammlung DIE LINKE Dresden-West: Neuwahl des Vorstand
■ 30. Oktober, 10 Uhr, »Haus der Begegnung«, Großenhainer Straße 93

Treffen DIE LINKE Dresden-Blasewitz
■ 1. November, 18 bis 21 Uhr, Volkssolidarität, Bürgertreff »Marie«, Breitenauer Straße 17

Infostand am Ullersdorfer Platz
■ 5. November, 16 bis 17.30 Uhr, Ullersdorfer Platz, Bühlau

Sitzung des Stadtvorstandes
■ 11. November 2021, 18 Uhr, »Haus der Begegnung«, Saal, Großenhainer Straße 93

2. Tagung, 16. Landesparteitag
■ 13. November, 10 Uhr, Livestream: www.dielinke-sachsen.de

Sitzung AG Ökologie
■ 16. November, 18.30 Uhr, »Haus der Begegnung«, Großenhainer Straße 93

Treffen AG Mobilität & Verkehr
■ 16. November, 18.30 Uhr, »Haus der Begegnung«, Großenhainer Straße 93

Infostand der LINKEN Dresden-Altstadt
■ 20. November, 14 bis 18 Uhr, Bahnhof Mitte, Friedrichstadt

Infostand am Lingnermarkt
■ Freitag, 29. Oktober
■ Freitag, 5. November
■ Freitag, 12. November
■ Freitag, 19. November
Immer von 9 bis 11 Uhr. Mitstreiter:innen sind stets wilkommen!

Treffen der AG Bildung der Stadtratsfraktion
■ 22. November, 18 Uhr, Neues Rathaus, Dr.-Külz-Ring 19, Raum 1/208

Stammtisch DIE LINKE Dresden-Loschwitz/Schönfeld-Weißig
■ 24. November, 16 Uhr, »Café Luk«, Grundstraße 174, Bühlau

Mitgliederversammlung DIE LINKE Dresden-Nord
■ 28. November, 19 Uhr, Volkssolidarität, Putbuser Weg 18

Stadtparteitag DIE LINKE Dresden: Bericht und Entlastung Vorstand, Wahl des Stadtvorstandes, des Ältestenrates und der FRK
■ 4. Dezember, 10 Uhr, Neues Rathaus, Dr.-Külz-Ring 19

LAG NETZPOLITIK & GAMING

Linke Perspektiven für die Digitalisierung

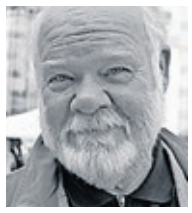
Leben in der Parallelwelt: Digitalisierung verändert die Gesellschaft rasant

Die Digitalisierung verändert unser Miteinander rasant. Wie finden wir neue sinnstiftende Arbeit, wenn Stellen weg rationalisiert werden? Wie verhindern wir den Überwachungsstaat und erhalten unsere Privatsphäre in der digitalisierten Gesellschaft? Welche Potentiale bieten digitale Technologien, zum Beispiel für die Organisation von sozialen Bewegungen? Wie bekommen wir endlich überall, schnell und preiswert echtes Glasfaser-Breitband? Um Antworten auf diese und andere Fragen zu geben, bedarf es solider Kenntnisse in Ökonomie, Informationstechnologie, Netzpolitik und linker Theorie. Am 27. November, um 11 Uhr, laden wir zur Mitgliederversammlung der LAG Netzpolitik & Gaming in die »Wir AG« ein, um über diese Themen ins Gespräch zu kommen, Referent:innen für inhaltlichen Input sind angefragt und werden in Kürze auf der Website des Stadtverbandes und der Seite der LAG bekanntgegeben. *Antje Kazimiers*

NACHRUF

Zum Tod von Jochen Kretschmer

Eine beeindruckende Gestalt, eine nicht weniger beeindruckende Stimme und eine Liste großer Rollen, denen er beides lieh. Es gäbe wahrlich viel zu sagen, zum Leben des Schauspielers, der 1938 Breslau geboren wurde, in Rostock seine Kindheit verlebte, in Leipzig studierte und schließlich mehr als 30 Jahre lang dem Ensemble des Dresdner Staatsschauspiels angehörte. Der Genosse war und sich immer wieder einmischte, wenn er meinte, es sei nötig. Nicht nach vorn drängelnd, sondern von Sorge getrieben um sein Land, um die Welt. Er tat dies mit seiner Kunst wohl tagtäglich und in seiner Partei als kluger Mentor, mit dem Schatz seiner Lebensjahre. Der Dresdner Stadtverband der LINKEN trauert um Jochen Kretschmer, der am 21. September im Alter von 83 Jahren verstorben ist. *Uwe Schaarschmidt*



■ Zwei sehr persönliche Nachrufe auf Jochen Kretschmer, geschrieben von Dieter Gaitzsch, sowie mit freundlicher Genehmigung der »Dresdner Neuesten Nachrichten» von Bernd Rump finden sich auf der Website des Stadtverbandes: www.dielinke-dresden.de

Spendenaufruf

Liebe Genossinnen und Genossen,
vor etwa zwei Jahren begann unser Neubau – erst die Planung, nun die Umsetzung. Für uns ist das eine spannende Sache, wir sind nun nach langer Zeit wieder Bauherr:innen auf unserem Grundstück. Das »Haus der Begegnung« wurde vor vielen Jahren von Genoss:innen aufgebaut, in Eigenleistung und mit finanziellen Spenden. An diese Tradition knüpfen wir an: Die dringend notwendige Erweiterung des Jugendhauses »Roter Baum« erfolgt einerseits mit Fördermitteln und einem Eigenanteil, andererseits durch Eigenleistung (Entwurfsplanung, Zuarbeiten und Innenausbau).

Jacqueline Muth und Architekt Axel Streit vor dem Neubau

Die Fertigstellung ist für November 2021 geplant. Nach der Erstellung des Gebäudes kommt aber eine weitere Bauphase auf uns zu: der Innenausbau. Und dieser soll komplett durch Eigenleistung erfolgen. Bitte unterstützt uns mit einer Spende oder helft uns durch Beteiligung (Eigenleistung). Wessen Spende nicht ins Spendenschwein passt, kann auch gern überweisen. Vielen Dank!

■ Kontakt für Mithilfe bei der Eigenleistung: Jacqueline Muth, ferienfahrten@roter-baum.de
■ Spenden an: Oybiner Kreis e.V.
IBAN: DE09 8502 0500 0003 6537 00
(Bank für Sozialwirtschaft Dresden)

Beim Thema Klimaschutz vertrauen junge Menschen offensichtlich eher einem grünen Kapitalismus

Blick nach oben

Grüne und FDP und ihr Erfolg bei jungen Wähler:innen

Da gibt es nichts zu beschönigen. So wie in allen Altersgruppen hat unsere Partei auch bei den 18- bis 34-Jährigen kräftig Wähler:innen verloren. Allerdings weniger stark als in vielen anderen Altersgruppen und somit bleibt es dabei, dass wir in Bezug auf das Alter unserer Wähler:innen bei den Jüngeren die meisten Prozente holen. Schon allein deswegen sollten wir einen genauen Blick auf die Ergebnisse in dieser Gruppe werfen und uns Gedanken

Wir müssen vorhandene Strukturen hinterfragen und uns in vielen Belangen moderner aufstellen.

machen wie wir ihr wieder gerecht werden können. Abgesehen davon, dass vermutlich jede Wahlanalyse an irgendeiner Stelle zu kurz greift, haben auch wir nicht den Raum oder die Ressourcen alle Aspekte, die zu diesem Ergebnis geführt haben, vollumfänglich zu beleuchten. Deswegen müssen wir uns bei unserer Diskussion auf einige Punkte beschränken. Um den Gründen für das schlechte Abschneiden auf den Grund zu gehen, müssen wir natürlich schauen wie der Rest der Parteien bei jungen Wähler:innen ankam. Viel Interpretation braucht es nicht, um zu erkennen, dass die Grünen und die FDP klare Gewinnerinnen in dieser Altersgruppe sind. Sie bekommen nicht nur mit Abstand die meisten Stimmen, sondern konnten auch im Vergleich zur letzten Wahl enorm zulegen.

Als Erklärung dafür drängt sich bei den Grünen natürlich vor allem ein Grund auf. Allein der Name, der natürlich trotzdem den inhaltlichen Fokus in gewisser Weise widerspiegelt, suggeriert den Wähler:innen, dass diese Partei wie keine andere für Klimaschutz steht und das ist natürlich gerade bei jüngeren Wähler:innen mittlerweile enorm attraktiv. Dass wir mit der Kommunikation deutlich konsequentere Klimaschutzmaßnahmen im Programm zu haben nicht zu den Wähler:innen durchdringen, ist kein neues Problem. Auch aufgrund der nicht inhaltlichen, aber historischen Vormacht der Grünen, sollten wir dieses Unterfangen zwar nicht aufgeben, aber erscheint es doch reichlich schwierig auf dieser Schiene große Erfolge zu erzielen.

Digitale Strukturen

Die möglichen Gründe bei der FDP hingegen, sind ein wenig komplexer, neuer und damit für uns interessanter. Inhaltlich geht es jungen FDP Wähler:innen vorrangig auch um die Themen Digitalisierung und Bildung. Wenn auch natürlich nicht glaubwürdig, aber in jedem Fall öffentlichkeitswirksam hat es die FDP geschafft sich als die Vorreiterin für Digitalisierung darzustellen. Ein Thema was durch Corona natürlich noch einmal enorm an Bedeutung gewonnen hat. Wir haben es nicht geschafft diesem Thema die Bedeutung zu geben, die es mittlerweile verdient hat. Dabei lässt sich unser Leitmotiv der sozialen Gerechtigkeit auch im Themenbereich Digitalisierung wunderbar unterbringen. Das soziale Leben, aber auch die Ausbildung bzw. das Arbeitsfeld, spielen sich für junge Menschen fast ausschließlich im digitalen Raum ab. Eine gerechte und offene Gestaltung dieser Plattform muss also auch in unserem Sinne sein und kann den Wähler:innen in dieser Art und Weise hoffentlich gut vermittelt werden. In diesem Zusammenhang muss auch gesagt werden, dass es andere Parteien, insbesondere auch die FDP, besser geschafft haben sich auf Social-Media zu präsentieren. Natürlich lassen sich hierüber mittlerweile viele junge Wähler:innen akquirieren. Das heißt auch hier müssen wir vorhandene Strukturen hinterfragen und uns in vielen Belangen moderner aufstellen.

Alte Kamelle im hippen Gewand

Im Bereich Bildung setzt die FDP darauf jungen Menschen zu erklären, dass sie sich nur genügend anstrengen müssen, um alles Mögliche erreichen zu können. Es wird argumentiert, dass junge Menschen sich davon überzeugen ließen, weil es ihnen eine Eigenverantwortung zuschreibt und das Gefühl entsteht ihnen wird etwas zugetraut. An dieser Stelle müssen wir unbedingt dabei bleiben, die Probleme von struktureller Bildungsungerechtigkeit aufzuzeigen und auf die Ursachen hinzuweisen. Allerdings können wir uns gut vorstellen, dass die Vermittlung dessen besser klappt, wenn wir die Schüler:innen oder Absolvent:innen mitnehmen. Das bedeutet wir geben ihnen Beispiele, warum es die einen leichter und die anderen schwerer haben, wie sich das auswirkt, insbesondere bieten wir den Benachteiligten aber mit unseren politischen Maßnahmen Unterstützung an. Vielleicht hilft es schon auch in vielen anderen Feldern nicht mehr abstrakt von Problemen zu sprechen, sondern insbesondere jungen Menschen diese praktisch aufzuzeigen und zu erklären wie wir sie bei der Bewältigung unterstützen möchten.

Paul Senf

SONDERBARE SONDIERUNGEN

Schlechte Erinnerungen

Ohne Bildungsgerechtigkeit nützt die größte Anstrengung nicht viel

Die Sondierungsergebnisse lassen einiges im Nebel. Andres fehlt ganz. Erneuerung lag in der Luft, der Aufbruch der jungen Wählenden, die CDU aus der Regierung zu wählen wog viel. Nach den Sondierungsgesprächen bleibt der Aufbruch jedoch aus. Trotz eigentlich klarer, vor allem sozialpolitischer Positionierung von SPD und Grüne scheint die FDP die Oberhand in der Sondierung zu haben. Sind das noch schlechte Erinnerungen von 2017, als Lindner Jamaika platzen ließ? Das S in SPD bleibt, wenn sich in den Koalitionsverhandlungen nicht grundlegend ändert, weiterhin Nebenrolle. Ob die 42 neuen Jusos im Bundestag noch etwas daran ändern können? Wir zweifeln daran.

Florian Berndt

Der blaue Wolf im Schafspelz

Menschenfeindlichkeit versteckt sich bei der AfD mitunter. Meist jedoch schlecht

Muss die Norm werden: Aufwachsen im Bewusstsein menschlicher Vielfalt

Wenn die AfD vorgibt, eine bestimmte Gruppe schützen zu wollen, ist immer Vorsicht geboten. Denn mehr schlecht als recht versteckt sie dahinter ihre menschenfeindliche Agenda. In der vergangenen Plenarsitzung des Sächsischen Landtags lieferten die Rechtskonservativen gleich zwei Beispiele: Zuerst polemisierten sie gegen die Maskenpflicht, indem sie auf die Stigmatisierung von Menschen mit Behinderungen abstellten.

Ausgerechnet, denn ein Blick ins aktuelle AfD-Wahlprogramm macht deutlich, dass Inklusionspolitik hier kaum eine Rolle spielt. Zudem: Die eigentliche Stigmatisierung von Menschen, die aus gesundheitlichen Gründen keine Maske tragen können, nahm erst in dem Maße zu, in dem gefälschte Atteste von Maskenverweigerer:innen das Vertrauen in echte Atteste untergruben. Der Anteil der AfD an diesem zutiefst unsolidarischem Verhalten ist offenkundig. Ein falsches Spiel also.

Von wegen Kinderschutz

Als wäre das nicht genug, versuchte die blaue Truppe es gleich nochmal. Diesmal trieben sie unter dem Deckmantel des Kinderschutzes ihre queerfeindliche Agenda voran: Alles, was nicht dem klassischen Familienbild mit Vater, Mutter, Kindern entspricht, soll aus den Kitas und Schulen verbannt werden. Vor allem homo, bi-, trans* und inter Personen sollen unsichtbar gemacht werden. Wir als Fraktion DIE LINKE haben darauf eine klare Antwort: Kinderschutz ist uns wichtig – und zwar für alle Kinder! Auch queere Kinder und Jugendlichen brauchen Schutz, denn an sächsischen Schulen ist Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität bis heute an der Tagesordnung. Viele Kinder und Jugendliche trauen sich nicht, sich zu outen. Wenn sie es doch tun, müssen sie nicht selten die Schule wechseln. Die psychische Belastung ist hoch. So ist die Suizidrate unter queeren Kindern und Jugendlichen signifikant höher als unter nicht queeren. Deshalb können wir dankbar sein für Pädagog:innen, die einen Raum für

Auch queere Kinder und Jugendlichen brauchen Schutz.

Vielfalt, Empathie und Menschlichkeit schaffen – und für die meist Ehrenamtlichen, die mit Bildungsprojekten die Schulen bereichern und den Kindern und Jugendlichen vermitteln: Du bist genau so okay wie du bist! Vielfalt im Bildungsplan dient aber nicht nur denjenigen, die von Diskriminierung betroffen sind. Sie fördert auch eine Gesellschaft, in der Homo- und Trans*-feindlichkeit keinen Platz hat. Man stelle sich vor, die AfD-Abgeordneten wären in ihrer Schulzeit in den Genuss solcher pädagogischen Angebote gekommen – es hätte ihnen sicher gut getan. Und vielleicht wäre uns dann auch dieser hasserfüllte Antrag erspart geblieben. *Sarah Buddeberg*

Sozialberatung

Die Beratung findet in der Regel per Mail statt. Wir rufen euch aber auch an, wenn wir weitere Fragen haben oder es leichter ist, das Problem im Gespräch zu erklären. In seltenen Fällen vereinbaren wir auch einen Termin zur Beratung in der Geschäftsstelle.

■ **Kontakt: sozialberatung @dielinke-dresden.de**

MITTENDRIN
Sozialistische Schrift für Dresden

Impressum

Herausgeber
DIE LINKE. Dresden
Großenhainer Straße 93
01127 Dresden

Kontakt
Telefon: 0351/8583801
Fax: 0351/8583802
kontakt@dielinke-dresden.de
www.dielinke-dresden.de

V.i.S.d.P.
Uwe Schaarschmidt

Autor:innen dieser Ausgabe
Florian Berndt, Sarah Buddeberg, Antje Kaziemiers, Benjamin Keckeis, Katja Kipping, Silvio Lang, Jens Matthis, Jacqueline Muth, Uwe Schaarschmidt, Paul Senf

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf sinnwahrende Kürzungen vor.

Bildnachweise
Martin Heinlein (1, 4), Uwe Schaarschmidt (2,3,4,6), Trialon/DiG Berlin (5), Frank Grätz (5) Privat (6) Annie Spratt/unsplash (7), Tobias Rademacher/unsplash (7), Raphael Renter/unsplash (8)

Gestaltung und Satz
Ostsüdost

Druck
LR Medienverlag und Druckerei GmbH

Auflage
Die Papierausgabe wird in einer Auflage von 4000 Exemplaren gedruckt.
Digital lesbar ist die Ausgabe unter www.dielinke-dresden.de

Redaktionsschluss
14. Oktober 2021

Unterstützung
Die Zeitschrift »Mittendrin« kann kostenfrei abonniert werden. Wir freuen uns jedoch über eine Spende, mit der Sie das Erscheinen unserer Zeitung unterstützen.
Spendenkonto:
DIE LINKE. Dresden
IBAN: DE94 8505 0300 3120 1714 16
Ostsächsische Sparkasse Dresden

DIE LINKE.
Stadtverband Dresden

Schneller mehr städtische Wohnungen

Die ersten Neubauten der kommunalen WiD stehen. Zeit, aus den abgeschlossenen Projekten zu lernen, um Verbesserungsmöglichkeiten zu erschließen

Qualität und Geschwindigkeit - im sozialen Wohnungsbau muss beides zusammengehen

Eine städtische Wohnungsbaugesellschaft mit 48.000 Wohnungen zuzüglich Gewerbeimmobilien und Grundstücken verschleudern, geht schnell. Kaum ein halbes Jahr dauerte es 2005/2006, dass die Dresdner Woba über die Planke ging, für heute geradezu lächerliche 1,7 Milliarden Euro.

Die neue städtische Wohnungsgesellschaft WiD – Wohnen in Dresden wiederaufzubauen, dauert lange. Denn sie musste zunächst wieder gegründet und langwierig geprüft und genehmigt werden. Dann musste sie Grundstücke erwerben, diese Grundstücke teils kostenträchtig baureif machen und anschließend Wohnungen bauen. Dem Wohnungsbau geht eine Planungs- und Genehmigungsphase voraus. 2016 vom Stadtrat beschlossen und 2017 gegründet, konnten 2020 die ersten Sozialwohnungen der WiD bezogen werden. Dies in einem schwierigen Umfeld. Zwar gab es seit Ende 2016 auch eine Förderung des Freistaates für den Neubau von Sozialwohnungen, parallel baute die WiD allerdings in eine Preisexplosion des Baukostenindex und die erschwerten Bedingungen der Corona-Pandemie hinein. Festzuhalten ist: Wäre nicht schon 2015 von der LINKEN die Gründung einer neuen städtischen Wohnungsbaugesellschaft betrieben worden, hätte die Stadt die Förderung des Freistaates für die dann begonnenen Projekte gar nicht abgreifen können.

Kostensparend, aber nicht billig

Nun bringt DIE LINKE einen Antrag auf den Weg, der die Prozesse und Strukturen der WiD auf Verbesserungspotential hin abklopft.

Grundsatz müssen demnach die Prinzipien des kostensparenden Bauens sein. Das ist kein *billiges* Bauen, sondern der Verzicht auf kostentreibende Extras und komplizierte Lösungen. Es sollte demnach auf Tiefgaragen verzichtet werden, genau wie auf teure Abfangungen von Lasten. Das heißt aber nicht, dass nicht werthaltig und nachhaltig gebaut werden kann.

Ein gewisses Ärgernis waren teils in den letzten Jahren die von der Landeshauptstadt Dresden eingelegten Grundstücke. Belastet mit alten Verpflichtungen vom ungekündigten Pachtvertrag bis zur Altlast verursachte die Baureifmachung für die WiD Kosten, die in den Baukosten von Sozialwohnungen nicht abgedeckt sind und für die das Finanzierungsmodell der WiD, ein Drittel aus der Förderung für Sozialwohnungen und zwei Drittel als Kredite von Banken, kaum Reserven bereithält. Diese Kosten sollen in Zukunft von der Kommune auch übernommen werden. Überhaupt stehen Dresden selbst zu wenige Baugrundstücke für Wohnungen zur Verfügung. Eine Lösung wäre die langfristige Bereitstellung von Bauland durch eine entsprechende Bauleitplanung.

Ein weiteres Ärgernis sind genehmigungsrechtliche Hürden und Auflagen, die zu kostenträchtigen Planungsänderungen und Verzögerungen führen. Hier soll die Verwaltung gemeinsam mit der WiD die Prozesse noch mehr abstimmen. Mehrfachbeauftragungen

Ohne LINKE-Initiative keine Förderung

und Wettbewerbsverfahren sollen im sozialen Wohnungsbau Ausnahme sein. Durch Gestaltungsleitlinien und im Zweifelsfall durch die Gestaltungskommission sind gestalterische Prämissen zu setzen, nicht zuletzt, weil Planungswettbewerbe auch nicht immer Wunder bewirken. *Tilo Wirtz*

REISE NACH OSTRAVA

Enormer Transformationsprozess

Seit 1971 ist das schlesisch-mährische Ostrava eine Partnerstadt von Dresden. Und weil Oberbürgermeister Hilbert dort noch nie persönlich war, wurde dies für den Besuch einer Dresdner Delegation zum Anlass genommen. Zum 50. Jubiläum der Partnerschaft unterzeichneten Ostravas Oberbürgermeister Tomáš Macura und sein Amtskollege ein Memorandum zur zukünftigen Zusammenarbeit beider Städte – in puncto Bildung, Sport, Nachhaltigkeit, Kultur und Mobilität. Weitere Gesprächsthemen waren unter anderem Migrationssozialarbeit, die Arbeit mit Minderheiten und Kulturpolitik in Zeiten von Corona.

Mit dem Oberbürgermeister Macura wurden am Denkmal für die Befreiung durch die Rote Armee Blumen niedergelegt. Ebenfalls wurde das Denkmal für das ehemalige Lager Hanke besucht. Dort waren nach dem Krieg deutsche Bewohner:innen von Ostrava interniert.

Ostrava: Strukturwandel mitten in der Stadt

Ostrava hat einen enormen Transformationsprozess hinter sich, steckt teilweise noch mittendrin. Früher ein wichtiger Standort der Schwerindustrie befanden sich hier Kohleminen, Stahlproduktion, Eisenbahnfertigung mitten in der Stadt. Die Umwelt war entsprechend beeinträchtigt. Heutzutage sind die Zechen, Gasometer, Fabriken geschützt. Besonders beeindruckt waren wir von Dolní Vítkovice. Hier wurden ein Kongresscenter, eine Technikwelt und ein Verkehrsmuseum eingerichtet. Höhepunkt ist ein Aussichtsturm mit Café auf der Spitze des Förderturms. Im Schlesisch-Mährischen Theater bekamen wir in dem Musical »Edith und Marlene« mit Sängerin Hana Fialová eine authentische Edith Piaf geboten. Einfach mitreißend. *Magnus Hecht*

DENKMALPFLEGE

Beitrag zur Baukultur

Wer Eigentümer:in eines Kulturdenkmals ist, ist zugleich zu seinem Erhalt und seiner pfleglichen Behandlung verpflichtet. Diese Pflicht steht allerdings in Konflikt mit der Eigentumsfreiheit – schließlich sind kostenaufwändige Restaurierungsarbeiten mit speziellen Baustoffen eine große von außen auferlegte Belastung. Der Freistaat Sachsen unterstützt die Eigentümer:innen von Kulturdenkmälern mit Zuschüssen. Die damit verbundene langwierige Antragsstellung hat sich allerdings in der Vergangenheit für viele Eigentümer:innen als wenig praktikabel herausgestellt. Aus diesem Grund wurde im Jahr 2018 vom Stadtrat als Ergänzung eine Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Pflege von Kulturdenkmälern beschlossen. Das Ziel: die kurzfristige Unterstützung insbesondere kleinerer Maßnahmen. Auf ein festes Antragsdatum wurde bewusst verzichtet, um die Eigentümer:innen im Bedarfsfall rasch unterstützen zu können.

Dass die Anträge allerdings oftmals schon im September des Vorjahres gestellt werden, führt zur Benachteiligung kurzfristig Antragstellender. Mit

In Dresden geht es bei Denkmälern auch eine Nummer kleiner – und genau da setzt die Förderung an

der Einführung einer Frist zur frühestmöglichen Antragstellung soll nun der Gedanke der zeitnahen Unterstützung gestärkt werden. Außerdem wird eine Beschränkung auf kleinere Maßnahmen bis 5000 Euro Fördersumme festgeschrieben, um nicht in Konkurrenz zur Landesförderung zu treten. Die Förderrichtlinie unterstützt Maßnahmen an Denkmälern in der Landeshauptstadt Dresden und kommt somit direkt der Baukultur in unserer Stadt zugute. Sie ist unabhängig vom Wohnort der jeweiligen Eigentümer:innen und ist aus linker Sicht unbedingt unterstützenswert.

Anne Holowenko

Kinderarmut beseitigen

Im Ergebnis eines Besuchs des Paritäter-Chefs Ulrich Schneider hat die LINKE-Stadtratsfraktion eine Initiative zur Bekämpfung von Kinderarmut gestartet

Stippvisite vor Ort: Katja Kipping, Ulrich Schneider, Jens Matthis und Tilo Kießling in der Johannstadt

Armut – insbesondere Kinder- und Familienarmut – ist ein reales Problem in Dresden. Mehrere Anfragen des LINKEN-Fraktionsvorsitzenden André Schollbach haben ergeben, dass sowohl Armut als auch Reichtum in Dresden zugenommen haben. So lebten Juli 2021 etwa 78.700 Menschen in 51.100 Haushalten mit Armutsrisiko. Das sind 10.000 mehr als noch im März 2020. Auf der anderen Seite leben derzeit in Dresden 15.400 Menschen, die als einkommensreich gelten. Die Zahl hat sich seit März 2020 um 2600 erhöht.

Anfang August nun trafen Mitglieder der Fraktion DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat auf Dr. Ulrich Schneider, den Vorsitzenden des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. Im Gespräch mit Katja Kipping als Sozialpolitikerin der LINKEN-Bundestagsfraktion diskutierten sie einen Antrag des LINKEN-Stadtrats Tilo Kießling zur Verbesserung der Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in Dresden – gerade eben für von Armut betroffene Kinder und Familien.

Information tut not

Was steckt hinter dem Antrag: Leistungsberechtigte Familien können für ihre Kinder 15 Euro pro Monat für die Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben beantragen. Für die 12.000 leistungsberechtigten Kinder und Jugendlichen in Dresden wurden aber nur in 3400 Fällen Leistungen abgerufen. Das kann daran liegen, dass Eltern gar nicht wissen, dass es diese Leistungen gibt, dass es zu aufwendig ist, dieses zu beantragen oder aber dass die Höhe der Leistung im Verhältnis zu den darüber hinaus zu erbringenden eigenen Aufwendungen der Familien nicht ausreichend ist.

Es muss also etwas getan werden, damit der Zuschuss durch so viele Leistungsberechtigte wie möglich genutzt wird. Die LINKE-Stadtratsfraktion schlägt daher in ihrem Antrag verschiedene Maßnahmen vor, wie etwa bessere Information und geringerer bürokratischer Aufwand. Mehr noch: Dresden soll prüfen, inwieweit die Unterstützung für ärmere Familien und Kinder durch kommunale Mittel ergänzt werden kann, wenn etwa ein Mitgliedsbeitrag für den Sportverein die 15 Euro überschreitet.

Eine wichtige Maßnahme, wie auch Schneider fand, denn Kinderarmut sei nicht naturgegeben, »sondern immer auch Ergebnis politischer Entscheidungen. Kinderarmut kann beseitigt werden. Auf den politischen Willen kommt es an.«

Die Redaktion

WALDSCHLÖSSCHENBRÜCKE

AfD will Fledermäuse zählen

Die Hufeisennase hat es zu einiger Bekanntheit gebracht. Fast hätte sie Dresdens Weltkulturerbetitel gesichert. Mittlerweile ist der Titel weg, die Waldschlösschenbrücke artgerecht gebaut. Ein Tempolimit auf der Brücke soll die dort vermutete Population schützen. Diese 30er-Zone bleibt indes ein Dauerbrenner auf der rechten Seite des Rates. 2018 wollten schon FDP und Freie Bürger die real vorhandene Population zählen, nun will es die AfD. »Dahinter steckt kein gesteigertes Interesse an einem seltenen Tier, sondern der stetig wiederkehrende Versuch der konservativen Ratsseite, möglichst jede Beschränkung für den Autoverkehr zu kippen«, stellt Stadtrat Leo Lentz fest.

Die Redaktion

Die Hufeisennase hat es schwer genug – jetzt wird sie auch noch durch die AfD instrumentalisiert

Antifaschimus ist Bürger:innenpflicht

»Ein rassistischer harter Kern«

Brauchen wir nach sieben Jahren Pegida nicht endlich ein Konzept, wie wir mit dem sich radikalisierenden Teil unserer Stadtgesellschaft umgehen?

Seit 2014 sind die selbsternannten Verteidiger des Abendlandes auf den Straßen von Dresden unterwegs. Kritiker:innen haben von Beginn an vor diesem Rassismus, dem Faschismus, auf Dresdens Straßen gewarnt, andere haben diese Bewegung bagatellisiert. Im Gespräch mit Aktivistin und LINKEN-Mitglied Rita Kunert werfen wir einen Blick auf die Entwicklung der Bewegung.

Rita, Du hast von Beginn an den Gegenprotest mit organisiert. Sieben Jahre später nun die Frage an Dich: Was war Pegida in Anfangszeiten und was ist Pegida heute?

In den Anfangszeiten, als Pegida noch mit tausenden Menschen unterwegs war, waren sicher viele Menschen dabei, die einfach mit ihrer Situation unzufrieden waren. Heute ist es nur noch ein rassistischer harter Kern, der, wann immer er auf der Straße ist, das Klima in unserer Stadt vergiftet. Nazis und Holocaustleugner:innen finden dort ebenso Anschluss wie Querdenker:innen und Coronaleugner:innen. Organisator:innen der montäglichen Friedensmahnwache fühlen sich in dem Kreis ausgehoben. Dem allen setzt die AfD die »Krone auf«, indem sie die Veranstaltungen für ihren Wahlkampf nutzt.

Was passiert in der Stadt, wenn Pegida unterwegs ist?

Hass und Hetze schallen durch das Stadtzentrum. Während des »Spaziergangs« liegt der Verkehr lahm. Menschen, die nicht »deutsch« aussehen, trauen sich an solchen Tagen nicht ins Zentrum. Wenn sie es tun, werden sie häufig angepöbelt. Die wenigen Menschen, die gegen Pegida aufbegehren, werden ebenso wie Journalist:innen verbal und körperlich angegriffen. Polizei und Behörde lassen es zu.

»Die Wenigen, die gegen Pegida aufbegehren, werden angegriffen.«

Rita Kunert

Wie geht die Stadt damit um?

Die Versammlungsbehörde sorgt dafür, dass Pegida nicht gestört wird. Die Stadtverwaltung selbst ist stolz darauf, dass sie mit diesen Menschen immer wieder das Gespräch sucht. Bestes Beispiel dafür waren die Veranstaltungen im Rahmen der Bewerbung zur Kulturhauptstadt 2025. Die Polizeidirektion Dresden sieht die Gefahr für die Stadt »in der sich radikalisierenden linken Szene«. Und die meisten von uns Genossinnen und Genossen fühlen sich doch auch nicht gerade belästigt, oder?

Margot Gaitzsch

MARWA EL-SHERBINI

Endlich sichtbar erinnern

Der rassistische Mord an der Ägypterin Marwa El-Sherbini im Juli 2009 hat sich tief in das Gedächtnis vieler Dresdnerinnen und Dresdner eingebrannt. Die Erinnerung an sie und das Ereignis sind für viele Menschen auch deshalb wichtig, weil in Dresden Rassismus und Fremdenhass immer noch ein alltägliches spürbares Phänomen sind.

Es war ein großer Erfolg als es vor über einem Jahr gelang, im Stadtrat eine Mehrheit für einen interfraktionellen Antrag zu gewinnen, der die Benennung des Platzes vor dem Dresdner Landgericht zu Ehren Marwa El-Sherbinis beschloss. Diese Initiative ging auf die ehemalige LINKEN-Stadträtin Kerstin Wagner zurück. Ein Jahr später war das Ergebnis allerdings ernüchternd: Formal sei der Antrag laut Verwaltung bereits umgesetzt – der Eintrag des neuen Namens für den Platz ins Katasteramt sowie die Verzeichnung in den Stadtplan und bei Google-Maps seien erfolgt.

Was jedoch immer noch fehlte, ein Jahr nach Beschluss, war die physische Kennzeichnung des neuen Platzes, sprich: das Straßenschild und darüber hinaus eine durch den Antrag beschlossene Erinnerungstafel an Marwa El-Sherbini. Die Sichtbarkeit des Erinnerungsortes im Stadtbild war nicht gegeben. Gut, dass sich nun der Geschäftsbereich für Kultur und Tourismus, geleitet durch LINKE-Bürgermeisterin Annekatrin Klepsch, der Sache angenommen hat. Mit einer Vorlage aus ihrem Geschäftsbereich soll nun für eine zügige Umsetzung des Antrags gesorgt werden - und so ein Ort entstehen, der sowohl erinnert als auch verpflichtet.

Platz vor dem Landgericht

Die Redaktion

SICHERER HAFEN

Eine neue Chance

Dresden als Sicherer Hafen soll Geflüchtete über die nationalen Verteilungsquoten hinaus aufnehmen! Es war ein Zeichen, das der Stadtrat im November 2020 setzte, allerdings indem er dieses Ansinnen ablehnte. Ein Rückschlag, doch es tut sich was: 5000 Unterschriften sind in diesem Jahr für eine Petition zusammengekommen, die einen neuen Anlauf für die Initiative fordert. Ein halbes Jahr ist der Stadtrat an eine Entscheidung gebunden, diese Zeit ist abgelaufen und die LINKE-Stadtratsfraktion nimmt Gespräche auf für eine neue Ratsinitiative. Denn das Leid in den Flüchtlingslagern wie auch Dresdens Verantwortung für Menschen in Not sind keinesfalls geringer geworden.

Die Redaktion

Auch Autos brauchen ihren Platz

GANZ HINTEN LINKS

Parken ohne Ende

Die CDU hat im Stadtrat durchgesetzt, Parkplätze, die durch neue Radwege wegfallen, in unmittelbarer Nähe durch neue Parkplätze zu ersetzen. Klingt gut. Man muss für die Parkplätze nur einen neuen Platz finden. Klingt banal, erfordert aber Kreativität. Zum Beispiel könnte man Parkplätze direkt auf den bereits bestehenden Radwegen einrichten. Dann brauchten Autobesitzer:innen nicht mehr illegal auf diesen zu parken. Radwege ohne Unterbrechung irritieren den geübten Dresdner Radfahrer ohnehin nur. Dort, wo sich die Unterbrechung des Radweges nicht anbietet, könnte man die Parkplätze auch auf Fußwegen einrichten.

Die Fußgänger:innen scheinen mit viel Platz ohnehin nichts Sinnvolles anfangen zu können, haben sie doch neuerdings damit begonnen, E-Bikes auf den Fußwegen auszulegen. Dort, wo weder durchgängige Radwege, noch Fußwege für Parkflächen zur Verfügung stehen, kämen noch die in Dresden ohnehin viel zu üppigen Grünflächen infrage, die außer zum Rasenmähen in einer Großstadt ohnehin nicht gebraucht werden. Es ist geradezu skandalös, in wie vielen Dresdener Parks immer noch Bäume, Blumen und Bänke statt parkender Autos stehen. Wo freilich die Nutzung bestehender Radwege, Fußwege oder Grünflächen an rot-grün-roter Borniertheit oder mangelnder Verfügbarkeit scheitert, greift der große CDU-Masterplan. Die dritten und vierten Spuren unserer Hauptstraßen werden zu Parkplätzen – eine Win-win-Situation: Der Autoverkehr wird langsamer und treibt Leute, die es eilig haben, aufs Fahrrad oder direkt den Dresdner Verkehrsbetrieben in die Hände (bzw. in die Fahrzeuge). Der geduldige Dresdner Autofahrer aber kann parken ohne Ende. *Jens Matthis*

KLEINGARTENJUBILÄUM

Kampf ums städtische Grün

Am Mitte September erfolgte mit dem Festakt im Rathaus die Würdigung von 30 Jahren Stadtverband »Dresdner Gartenfreunde« e.V. und 25 Jahren Kleingartenbeirat der Landeshauptstadt Dresden.

Anfang der 90er Jahre drohte mit dem neuen Entwurf des Flächennutzungsplans der Wegfall von über 60 Prozent der Kleingärten für die Umwandlung in Bauland. Dies führte zu Widerstand und andauerndem Protest unter Kleingärtnerinnen und Kleingärtnern. Im Zuge dieser Prozesse und mit der Unterstützung des Stadtverbandes der »Dresdner Gartenfreunde« konnte der Wegfall der Kleingärten abgewendet werden. Zudem gelang 1995 die Gründung des Kleingartenbeirates sowie die Schaffung weiterer Instrumentarien zum Schutze des Kleingartenwesens.

DIE LINKE hat das Kleingartenwesen seit jeher aktiv und beständig begleitet. Ein großer Dank gebührt allen Mitgliedern, die sich für die soziale, ökologische und stadtgestalterische Bedeutung des Kleingartenwesens eingesetzt haben und sich auch weiterhin aktiv engagieren. *Katharina Hanser*

Immer was zu tun – im Kleingarten

KOMMUNALE KULTURFÖRDERUNG

Verbesserungen für Künstler:innen

Kunst braucht Sicherheit

Die Förderrichtlinie Kommunale Kulturförderung vom 24. Juli 2016 bedurfte einer dringenden Überarbeitung – hinsichtlich neuer Förderarten und transparenter Entscheidungswege, was Förderentscheidungen betrifft. In der Stadtratssitzung am 14. Oktober 2021 wurde nun eine Novellierung der Förderrichtlinie, der ein langer Abstimmungsprozess vorausging, beschlossen. »Nach einem langen Partizipationsprozess und einer umfangreichen Zustandsanalyse haben wir den Kulturentwicklungsplan beschlossen.

Der nächste Schritt ist es, die Förderpraktiken weiterzuentwickeln. Die von der Kulturbürgermeisterin Annekatrin Klepsch und der Kulturverwaltung vorgeschlagenen Veränderungen haben eine Verbesserung der prekären Arbeitssituationen der Künstler:innen zur Folge. So zum Beispiel durch die Festsetzung von Honoraruntergrenzen, Möglichkeiten der mehrjährigen Förderung, sowie der Konzeptförderung. DIE LINKE begrüßt diese Veränderungen sehr«, machte Stadträtin Anja Apel in ihrer Ratsrede klar. *Die Redaktion*

VORNE LINKS
Die Fraktion im Dresdner Stadtrat

Impressum

Herausgeber
DIE LINKE. Fraktion im Dresdner Stadtrat
Rathaus, 1. Etage, Zimmer 208
Dr. Külz-Ring 19, 01067 Dresden
www.linke-fraktion-dresden.de

V.i.S.d.P.
Thomas Feske

Kontakt
Telefon: 0351/4882822
fraktion@dielinke-dresden.de

Redaktion
Jana Neveling, Susann Dietzschold, Thomas Feske

Autor:innen dieser Ausgabe
Pia Barkow, Christopher Colditz, Susann Dietzschold, Thomas Feske, Margot Gaitzsch, Katharina Hanser, Magnus Hecht, Anne Holowenko, Tilo Kießling, Jens Matthis, André Schollbach, Tilo Wirtz

Redaktionsschluss
7. Oktober 2021

Bildnachweise
StockSnap/pixabay (1), Geerd-Olaf Freyer/flickr (2), Soenke Rahn/wikimedia commons (2), eyeonicimages/pixabay (3), myimmo/pixabay (4), thepixelman/pixabay (4), Michael Gaida/pixabay (5), 7163893/pixabay (5), F. C. Robiller/wikimedia commons (6), coco-parisienne/ pixabay (6), Jörg Blobelt/wikimedia commons (7), Mohammed Abushaban/wikimedia commons (7), Michael Gaida/pixabay (8), andreas160578/pixabay (8), dotigabrielf/pixabay (8)

Gestaltung und Satz
Ostsüdost

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor.

Druck
LR Medienverlag und Druckerei GmbH

Auflage
Die Papierausgabe wird in einer Auflage von 4000 Exemplaren gedruckt.

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat